

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der "Cübeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu bestellen. — Abonnementpreis vierjährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschwackte Zeitseite oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohlanzeigen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die neue Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 170.

Montag, den 23. Juli 1917.

24. Jahrg.

Nach dem Sturm.

Der Reichstag hat die neuen 15 Milliarden Kriegsförderungen bewilligt und ist dann bis zum 26. September in die Ferien gegangen. Die Fraktionsführer, welche die interfraktionellen Beratungen der Reichstagsmehrheit fortsetzen und auch mit der Regierung weiter verhandeln, der Haushaltungsausschuss und der Verfassungsausschuss, die an jedem Tag zusammenberufen werden können, werden während dieser Ferien darüber wachen, daß die Geschäfte im Sinne der Volksmehrheit geführt werden.

Der neue Kanzler wird während dieser Pause sein Ministerium bilden müssen. Eine Entscheidung darüber, welche Minister gehen und bleiben, ist offensichtlich noch nicht getroffen — wie der "Berliner Volksanzeiger" versichert, will Dr. Michaelis erst darüber mit den Parteivorsitzenden verhandeln, um möglichst Parteivertreter für einige Minister zu gewinnen. Die Kandidaturen von Hinze und Dr. Helfferich für das Staatssekretariat des Auswärtigen können als erledigt betrachtet werden. Herrn Helfferich will man freilich auf jeden Fall in einem hohen Reichsamt festhalten, weil man ihn für die Friedensverhandlungen und die dabei so wichtigen Wirtschaftsfragen zu gebrauchen gedenkt. Auch

das ist ein Stück der sonderbaren politischen Logik in Deutschland, an die man sich erst gewöhnen muß: Bethmann muss gehen, weil er angeblich ein Hindernis für den Frieden ist, und Helfferich muss bleiben, weil er dafür unentbehrlich ist. Aber vielleicht hält Michaelis diesen Zusammenspiel von reaktionärer Gesinnung und parlamentarischer Ungeschicklichkeit, weil er die innere Einheit des deutschen Volkes glanzvoll wieder hergestellt hat: als bekannt wurde, daß Helfferich Staatssekretär des Auswärtigen werden sollte, erklärten die alldeutschen und die sozialistischen Blätter mit gleicher Schärfe ihn für den denkbar ungeeigneten Mann!

Der neue Kanzler hat sich dem Volke vorgestellt, und das übereinstimmende Urteil über ihn lautet: Bethmann Nr. 2. Die rechtsstehende Presse sucht zwar in der Rede von Dr. Michaelis nach Befundungen der Kraft und des Führerwillens, die Bethmann angeblich hat vermissen lassen, aber das ist sehr geflüstert; sie kann nur nicht sagen, daß Michaelis politisch ungefähr dasselbe wie Bethmann ist, weil sie ja dann die Sinnlosigkeit ihrer Kanzlersürgerei eingestehen müßte. Dabei ist es unzweifelhaft, daß Michaelis Bethmann nicht erlegen kann. Der frühere Reichskanzler hatte die tiefere und umfassendere Bildung, den weiteren Blick und die achtjährige Amtserfahrung als Kanzler vor ihm voraus. Immerhin darf man in Deutschlands Interesse hoffen, daß der Kanzlersatz noch nicht der schlechteste ist.

Drei Hauptfragen standen im Mittelpunkt des Kampfes, das gleiche Wahlrecht in Preußen, die Parlamentarisierung der Regierung und die Friedensfrage. Die Wahlrechtsfrage ist einstweilen erledigt. Die Regierung wird das Gesetz über die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ausschließen und wohl zweitens ohne im Herbst dem Landtag vorlegen. Dann muß das Volk auf dem Posten sein und den nötigen Druck ausüben, daß es nicht etwa verschleppt oder verschlechtert wird.

Die Parlamentarisierung der Regierung scheitert einstweilen am Widerstand der Einzelstaaten. Über weniger schuldig sind daran die Regierungen als die Parteien. Zentrum und Nationalliberale haben noch immer nicht begriffen, daß sie Bürde und Ehre der verantwortlichen Führung der Staatsgeschäfte voll übernehmen müssen. Auflingen kann man es einem Parlament nicht, daß es regiert; die Macht dazu muß es sich selber nehmen und hat es auch in Deutschland, sobald es ernsthaft will. Die Zukunft wird die Mittelparteien in diesen Fragen auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zwingen, genau wie das in der Friedensfrage geschehen ist.

Die Friedensentschließung des Reichstages nimmt die Formel des Arbeiter- und Soldatenrats, das Friedensprogramm der Sozialdemokratie, als Grundlage der Friedensverhandlungen an. Die Regierung und die Heeresleitung haben sich damit abgefunden. Unabhängige Sozialdemokratien und Unionisten vom unabhängigen Ausschluß jungen den Eindruck zu erwecken, als ob darüber noch Unsicherheit bestünde. Im Schädel dieser Herren wird es wohl nie klar werden, aber über den Standpunkt der Heeresregierung

ist vernünftigerweise nicht der leiseste Zweifel erlaubt. Wenn ein Beschuß angenommen wird, der besagt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der bauenden Versöhnung der Völker, mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsverwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ — welcher vernünftige Mensch kann dann noch zweifeln, was die deutsche Volksvertretung will. Selbst der sehr kritische Theodor Wolff im "Berliner Tageblatt" gesteht: „Die Resolution ist klar, und indem Herr Michaelis seine Ziele dem „Rahmen“ dieser Erklärung anpaßte, hat er sich unwiderrufbar auf den Standpunkt der Annexionsgegner gestellt.“ Jemand eine Möglichkeit, seinen Willen so auszudrücken, daß er nicht missdeutet werden kann, besteht bekanntlich überhaupt nicht — einen Schutz gegen Missverständnisse hat noch niemand erfunden. Wäre der Beschuß des Reichstages zweideutig, würden dann die Annexionisten so töben?

Die Eroberungspolitiker brüllten aber vor der Abstim-

mung gegen den „Schmachtfrieden“ und beschimpfen nach ihr den Reichstag wie toll. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet ihm, daß auch er in Deutschland nicht werde verderben können, selbst nicht durch solche schwarzen Tage, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erklären, daß er „ein ziemlich trauriges Bild“ geboten habe, und die „Deutsche Zeitung“ sagt vorher, ein Hohngelächter der Hölle werde losbrechen über dies schwahende Geschlecht, das ein ragendes Zeichen seines politischen Unverstandes ausgerichtet habe. Wenn jene schon so schimpfen, dann war die Tat des Reichstages sicher deutlich und gut.

In der Friedens- und Wahlrechtsfrage ist der Regierung das Programm vorgezeichnet, in Sachen der Parlamentarisierung muß sie den richtigen Weg noch selber suchen, da der Reichstag ihn bisher nicht gefunden hat. Der neue Reichskanzler wird zu zeigen haben, welche Geschicklichkeit und Tatkraft er bei Durchführung dieses Programms einzusetzen vermöge.

Kerenski russischer Ministerpräsident.

Nach einer Neutmeldung aus Petersburg meldet die "Sörperzeitung", daß der Ministerpräsident Lwow zurückgetreten ist. Kerenski wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und bleibt vorläufig auch Kriegsminister. Tseretelli wurde Minister des Innern und bleibt gleichzeitig Minister für Post und Telegraphie. Nekrasow wurde provisorisch zum Justizminister ernannt.

Vor einigen Tagen war in einem englischen Blatt zu lesen, daß Kerenski der einzige Mann sei, der Russland noch retten könne. Nun ist der, den verschiedene Zeitungen schon vor Monaten als einen unmittelbar dem Tode geweihten Mann bezeichneten, auf den verantwortungsvollen Posten gelangt, den es heute in Russland gibt. Wird er nun wirklich sein Vaterland retten können?

Im allgemeinen standen wir deutschen Sozialdemokraten dem Kerenski der russischen Revolution äußerst sympathisch gegenüber. Erhofften wir doch von seinen Werken, daß er der Welt den Frieden bringen würde. Es ist anders gekommen: nicht den Frieden hat er uns gebracht, sondern die Fortdauer und ein Neuaufladen dieses furchtbaren Geistes an der Ostfront. Selbst wenn man zugibt, daß Kerenski auch nur als ein Produkt der gegenwärtig in Russland herrschenden Verhältnisse und insbesondere mit Rückicht auf die Verbündeten so handeln mügte, so kann man doch mit dem besten Willen nicht verstehen, daß ein neues Hineingehen russischer Soldaten in den sibirischen Tod, eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in ungemein verstärkter Form uns dem Frieden näher bringen soll. Insbesondere, wenn man weiß, daß von deutscher Seite wiederholt die Hand zum Frieden und zur Einstellung der Feindseligkeiten gebeten worden ist. Wir können also bei dieser Schlage und bei ehrlichster Würdigung der ganzen Verhältnisse dem neuen russischen Ministerpräsidenten keine Sympathien entgegenbringen.

In wesentlich anderem Sinne beurteilt der "Vorwärts" die Stellung und das Verhalten Kerenskis. Unser Zentralorgan schreibt u. a.: „Kerenski ist keiner von den Kriegsbehörden, wie sie in allen Ländern, Deutschland nicht ausgenommen, zu Duhenden auf der Straße herumlaufen, er erscheint als Vertreter einer Politik, die auf dem Weg über eine leichte kriegerische Anspannung den Frieden sucht und der man eine gewisse großzügige Folgerichtigkeit nicht abprechen kann. Die Träger der Märzrevolution, sozialistische Menschheit und Trudowitz, haben von vornherein erklärt, daß sie den Frieden wollen, aber nicht den Sonderfrieden, der dem deutschen Imperialismus freien Weg nach Westen gibt, sondern den allgemeinen Frieden, der die Vergewaltigung eines einzelnen Volkes ausschließt und jedem sein Selbstbestimmungsrecht zurückgibt. Da sie den Bund der Entente nicht verlassen wollten, mußte ihre Politik darauf gerichtet sein, auf die Bundesgenossen einen Druck auszuüben, der sie zur Annahme des revolutionären Friedensprogramms bewog. Einen solchen Druck konnte aber ein durch Zerrissenheit ohnmächtiges, rettungslos geslagenes, immer tiefer in die Anarchie stürzendes Russland nicht ausüben, sondern nur ein militärisch starkes Russland. Dieses Russland, das auf dem Schlachtfeld seine Pflichten erfüllte, konnte dann auch am Konferenzthron der Alliierten seine Forderungen anmelden. Und darum wurde der einzige Deputierte des Friedens, Kerenski, zum Minister der Offensive. Nach kurzen Anfangserfolgen sieht sich nun diese Offensive als ein Unternehmen zu erweisen, das über die Kraft ging. Nicht nur, weil die Zerrüttung des Heeres durch das zaristische Regime und die vorangegangenen

Kriegsereignisse schon zu weit vorgeschritten war, sondern auch, weil die inneren Schwierigkeiten wuchsen, zumal die Friedensgeduld des Volkes die konsequente Politik der Regierung nicht verstand. Aus dieser Stimmung erwuchs die neue revolutionäre Bewegung, die Kerenski auf den Gipfel der Macht brachte: bis zu dem Punkt, wo von steiler Wand der Absturz droht. Es gibt Leute in Deutschland, die jeden Fortschritt der Anarchie in Russland begrüßen. Die deutschen Sozialdemokraten gehören nicht zu ihnen. Sie haben die russische Revolution mit Begeisterung begrüßt und können nicht wünschen, daß sie sich kompromittiert. Aber auch vom Standpunkt der deutschen Friedenswünsche aus ist das Vergnügen an der zunehmenden Anarchisierung Russlands ziemlich purpurig und sündig. Ein zerstörtes Russland, das sich schlagen läßt wie man will, ist zwar militärisch eine ganz angenehme Sache, aber ein geordnetes, kräftiges Russland, das aufrichtig einen raschen gerechten Frieden anstrebt, ist politisch viel wertvoller. Will Kerenski ein solches Russland schaffen und kann er es — was hier zu leisten ist, übersteigt selbstverständlich weitauß die Kraft eines einzelnen Mannes —, dann kann er sich nicht nur um Russland, sondern um die ganze Welt verdient machen. Es ist aber ein schwieriges Kunststück, zugleich Russland von der Anarchie zu retten und zugleich zu verhindern, daß Russland der Schildknapp des westlichen Imperialismus ist. Die Politik, deren Träger Kerenski ist, ist von vollkommener Logik der Konsequenz, aber vielleicht gerade darum zum Scheitern verurteilt, da die Weltgeschichte kein Reheneremp ist und die Leidenschaften und Tugenden der Menschen sich meist stärker erweisen als ihre Vernunft und ihre Erkenntnis. Zwischen der Charybdis der nationalistischen Hurra-Stimmung und der Scylla eines zum Selbstzweck gewordenen Revolutionszettels steuert das Schiff des neuen Ministerpräsidenten auf schmalem Weg. Kerenski wird nur dann an der Macht bleiben, wenn seine nächste Offensive eine Offensive des Friedens sein wird. Es ist ein Zufall, doch kein unwichtiger, daß er die Leitung in einem Augenblick übernimmt, in dem er auch in Deutschland eine stark veränderte Lage vorfindet. Das kann ihm Gelegenheit geben, auf Russlands westliche Verbündete einen stärkeren Druck auszuüben zugunsten eines Friedens, über dessen Grundlinien zwischen den Völkern selbst keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen.“

Wenn auch diese Darlegungen manches für sich zu haben scheinen, so können wir uns doch nicht mit ihnen einverstanden erklären. Es hätte nach unserer Auffassung andere Mittel und Wege, als die des erneuten Blutergiebens, gegeben, um die Verbündeten Russlands zu einer vernünftig gemäßen Revidierung ihrer Kriegsziele zu zwingen und sie zu Friedensverhandlungen geneigter als bisher zu machen. Doch hierüber wird wohl erst später das Nötige gesagt werden können.

Über die Gründe seines Rücktritts erklärte Fürst Lwow, im gegenwärtigen Augenblick nichts sagen zu können.

Kerenski will gegen die widerstreitenden Elemente mit Gewalt vorgehen. Die Petersburger Telegrafenagentur meldet: Die einstige Regierung hat beschlossen, alle Truppenteile, die an dem bewaffneten Aufstand vom 16. bis 18. Juli in Petersburg und Umgebung teilgenommen haben, zu ihren Divisionen zurückzuführen.

Ferner hat die Regierung beschlossen, alle Organisationen, die an diesem bewaffneten Unternehmen gegen die Regierungsgewalt teilgenommen haben, und alle Personen, die dazu aufgerufen oder angeworben waren,

Verräts am Vaterlande und an der Revolution zu verhaftet und vor Gericht zu stellen.

Uns scheint, daß der neue Ministerpräsident hier ein äußerst gefährliches Spiel treibt.

Wir verzichten weiter folgende Meldungen:

Forderungen der russischen Marine.

In diesen Tagen fand in Petersburg ein allrussischer Marinekongress statt, der von Bevollmächtigten des Baltischen Geschwaders und des Schwarzen Meer-Geschwaders veranlaßt wurde. Am Kongress nahm der neue Marineminister Lebedow teil. Der Kongress nahm eine Entschließung an, in der er die Offensive nicht billigt. Da sie nun aber einmal unternommen worden sei, müsse das demokratische Russland, das den Beweis für seine ungebrochene militärische Kraft geliefert habe, auf die Verbündeten den schärfsten Druck ausüben, um diese zur Bekennung zu den wahrhaft demokratischen Kriegszwecken Russlands zu bringen. Die russische Marine werde sich entschieden weigern, eine kriegerische Handlung im Interesse der Verbündeten zu unternehmen, solange sie nicht offen und ohne Zweideutigkeit bekanntgegeben haben, daß sie auf alle Annexions- und Entzäudigungsversuche verzichten. Solange derartige Dokumente nicht vorliegen, könne Russland die verbündeten Mächte nicht als demokratische Staaten ansehen. Der Marinenkongress erklärte sich auch entschieden gegen eine Einmischung englischer und amerikanischer Missionen in die inneren und rein militärischen Angelegenheiten der russischen Kriegsmarine. Auch eine Festsetzung fremder Mächte in den russischen Ostseehäfen werde unter keinen Umständen geduldet werden.

Die Zustände in Petersburg.

Aus Petersburg wird gemeldet: Lenin hat, augenblicklich wenigstens, Gelegenheit gehabt, zu entkommen. Während der letzten zwei Tage haben die Truppen wiederholt marxistische Führer festgenommen. Auf ausdrückliches Erzählen des Völzugskomitees der Arbeiter und Soldaten haben die Soldaten die Gefangenen, obwohl sie damit nicht einverstanden waren, wieder in Freiheit gelegt.

Einberufung des Arbeiter- und Soldatenrats von ganz Russland.

Aus Petersburg wird gemeldet: Nach Untersuchung der politischen Lage, die sich aus der Entlassung der Kadettenminister ergibt, hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat eine Proklamation veröffentlicht, worin festgestellt wird, daß diese Ministerentlassungen keine Berechtigung geben, der vorläufigen Regierung die Unterstützung zu verweigern. Der Arbeiter- und Soldatenrat hält über eine Nachprüfung des Standpunktes durch den Arbeiter- und Soldatenrat von ganz Russland über die Zusammensetzung der Regierung für notwendig und erachtet an, daß innerhalb von zwei Wochen die Einberufung dieser Körperschaft erfolgen muß. Bis zu einem neuen Beschuß müsse die Vertretung in den Händen der vorläufigen Regierung verbleiben. Die entlassenen Minister sollen vorläufig von ihren Gehülfen, die nur beratende Stimme in der Regierung haben sollen, vertreten werden. An Stelle des Fürsten Schachowksi wurde die Gräfin Radishew in das russische Kabinett als Minister für soziale Arbeit (öffentliche Unterhaltung usw.) aufgenommen; sie ist 50 Jahre alt, als wohlthätig und reich bekannt und war bisher Verteilungsoffizierin in diesem Ministerium.

Odessa.

"Rugaja Sloboda" berichtet, daß Odessa vollkommen in der Gewalt revolutionärer Regimenter ist, die die durchmarschierten Truppen an der Weiterfahrt zur Front verhindern und unter den Einwohnern Maßnahmen erlassen haben, die russischen Truppen durch besondere Brandkommados mit Brandgranaten alle Städte und Dörfer in Brand legten, die sie den Siegern überlassen müssen. Brennennde Ortschaften bezeichnen den Weg der weitgehend geschlagenen Russen. Wie bei früheren Rückzügen, sind die Landstraßen und Wege mit Kriegsgerät, fortgeworfenen Ausrüstungsteilen, steckengebliebenen Wagen und umgestürzten Automobilen übersät. In den Morgenstunden des 22. Juli begann der Russ unter dem von Norden wirkenden Flankendruck auch seine starken Höhenstellungen südöstlich von Brzezany zu räumen. Gefangenenzahl und Geweihen von Stunde zu Stunde.

amlaßt wurde. Einen besonders blutigen Verlauf nahmen mehrere Zusammenstöße der Roten Garde mit Kosaken. Allein aus den Straßen des Litejn-Viertels wurden über hundert Verwundete in die Krankenhäuser eingeliefert.

Der deutsche Vorstoß in Ostgalizien.

In Ostgalizien blieb am 20. Juli der Angriff der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im Fluß. Die russische Front ist auf einer Breite von 40 Kilometern durchstoßen. Somit ist den Truppen der Mittelmächte abermals ein Frontabschnitt gesichert in einem Umfang, wie er den Franzosen und Engländern trotz der ungemeinen Opfer an Menschen und Material bisher nicht gelang. Unsere Truppen drängten am 20. Juli die Russen vor sich her und fügten ihnen, wie an den Vortagen, in Nachkämpfen und Einzelgefechten schwere Verluste zu. Auch unsere Fliegergruppen griffen erfolgreich ein, indem sie dichte russische Kolonnen auf der Chaussee bei Tarnopol bewarben und, tief herabstöckend, mit Maschinengewehrfeuer beschossen. Die Gefangenenzahl erhöhte sich auf 5000. Unter den unüberstecklichen Angriffen deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen und dem Druck der Vorwärtsbewegung von Norden her brachen auch die russischen Höhenstellungen östlich von Konjach und östlich Buzsaki zusammen. Feindliche Patrouillen südlich der Bistritz wurden vertrieben.

Am 21. Juli trieben unsere Truppen die geschlagenen Russen, wie an den Vortagen, in scharfer Verfolgung vor sich her. Wo der Gegner Widerstand zu leisten versuchte, wurde er mit einschlossigen, kühnen Stößen geworfen und ihm abermals schwere Verluste beigebracht.

Kriegsberichterstatter bestätigen, daß ähnlich wie bei dem großen russischen Rückzug im Jahre 1915 in Galizien und Polen, die russischen Truppen durch besondere Brandkommados mit Brandgranaten alle Städte und Dörfer in Brand legten, die sie den Siegern überlassen müssen. Brennende Ortschaften bezeichnen den Weg der weitgehend geschlagenen Russen. Wie bei früheren Rückzügen, sind die Landstraßen und Wege mit Kriegsgerät, fortgeworfenen Ausrüstungsteilen, steckengebliebenen Wagen und umgestürzten Automobilen übersät. In den Morgenstunden des 22. Juli begann der Russ unter dem von Norden wirkenden Flankendruck auch seine starken Höhenstellungen südöstlich von Brzezany zu räumen. Gefangenenzahl und Geweihen von Stunde zu Stunde.



Der genaue deutsche Kriegsbericht sagt über die Kämpfe im Osten:

Südlich von Smorgon sind starke Angriffe der Russen gescheitert. In begrenzten Einbruchsstellen wird noch gekämpft.

Erzwungen durch unseren Angriffstoß am Sereth weicht die ganze russische Front von der Iwana-Lipe bis hart an den Orajek.

Nach dem russischen Heeresbericht vom 20. Juli sind die Erfolge der Deutschen auf das Versagen russischer Regimenter zurückzuführen. Es fehlt: Noch starker Artillerievorräte, grün der Herd meistens Truppen auf der Front Reni-Gorod, 30. Westlich von Brody, an. Alle Angriffe wurden abgewiesen. Um 10 Uhr verließ das Regiment 607, das sich im Südwesten von Tarnopol in der gleichen Gegend befand, eigenmächtig seine Stellung und zog sich zurück. Dies verursachte den Rückzug der beschworenen Abteilungen und gab dem Feind die Möglichkeit, seinen Erfolg zu erweitern. Unsere Truppen erlangten aus der Tatze, daß beeindruckt durch die Kritik der Kavalleristen, viele Transportabteilungen, die den Befehl erhalten, die angegriffenen Abteilungen zu unterstützen, zu konzentrieren und zu verstärken, ob sie dem Befehl folgen sollten. Mehrere Regimenter verzögerten sich, ihren militärischen Pflichten nachzuhören und ließen ihre Stellungen ohne jeden militärischen Druck im Sitzen. Die Aufzehrungen der Befehlshaber und Ausfälle, die zur Ausmusterung der Befehle zu bedingen, blieben vergessen. Deutlich Brzezany und südlich Schlesien bestimmt sich die Lederreiter und Deutschen nach mehrmaligen Angriffen eines Teils unserer ersten Gruppenlinien. Feindliche Verbände, aus südlich Brzezany angreifend, wurden durch uns abgewiesen. Deutlich hat sich unsere Abteilungen die Stadt bestrebt, hielt das Dorf. Der Feind brachte dies aus und bezog es. Der Verlust, das Dorf wiederzunehmen, misst.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Juli. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kampftätigkeit des Feindes war gestern geringer als in den Vortagen. Nur in einzelnen Abschnitten der standischen Schlachtfest war sie heute allgemein wieder gesteigert.

Im Altko diente lebhaftes Feuer vom Da-Bassee-Kanal

bis südlich von Lenz an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Um Chemin des Dames waren bei Bray und Eawy Einschläge in die französischen Stellungen von vollem Erfolg. Bewährte westfälische und ostpreußische Kampftruppen holten dort bei Erforschungen und Verbesserungen eigener Linien zahlreiche Gefangene aus den feindlichen Gräben und wehrten heftige Gegenhöhe ab.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Erforschungsgefechte im Sundgau brachten Gewinn an Gefangen und Beute.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehm-Ermolli.

Der am 19. Juli begonnene Gegenangriff in Ostgalizien hat sich zu einem großen Erfolg der deutschen und verbündeten Mächte ausgeweitet.

Der Hauptteil der russischen 11. Armee ist geschlagen. Trotz schlechter Wetterbedingungen dringen unsere braven Truppen erheblich vorwärts. In vielfachen erbitterten Kämpfen haben sie die sich neuem lebhaften russischen Kräfte überwunden. Die Gegend westlich von Tarnopol und die Bahn Brzezany-Tarnopol ist an mehreren Stellen erreicht.

Bei Brzezany beginnt nunmehr auch die russische 7. Armee unter dem sich verstärkenden Druck auf ihre Flanke zu weichen.

Die Gefangen- und Beutezahl ist groß. In Zejerna fielen reiche Vorräte an Waffen, Schießwaffen und Kriegsgerät in unsere Hand.

Bei der

Heeresgruppe des Generalobersten von Woyrsch war der Feuerkampf an Schibava und Germisch lebhaft. Der Nordflügel ist an den bei der

Heeresgruppe des Generalobersten von Eichhorn beginnenden Kämpfen beteiligt.

Zwischen Czernowitz und Smorgon griffen die Russen nach tageslanger harter Artilleriewirkung gestern abend mit starken Kräften an. Ihr Ansturm brach an der Front deutscher Truppen verlustreich zusammen. Nach unruhiger Nacht sind heute morgen dort neue Kämpfe entbrannt.

Nordwärts bis zum Karpaten-See sowie zwischen Drypatz-See und Dünaburg hat die gezielte Feuerkraftigkeit angehalten. Mehrfach wurden russische Erforschungsstöße zum Scheitern gebracht.

Front des Generalobersten Erzherzog Josefs.

Außer der lebhaftesten Feuerkraftigkeit in den Nordkarpathen und erfolgreichen Vorfeldgefechten zwischen Kaschau- und Gustau-Tal nichts Besonderes, und auch bei der

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Madenski noch keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

* Wien, 21. Juli. (Amtlich.)

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Novica südlich Karlsburg haben österreichisch-ungarische und deutsche Truppen ihre fürstlich erzielten Erfolge durch Erreichung einer weiteren Höhenstellung aus. Bei Bobin wurden feindliche Abteilungen über die untere Komnica geworfen. Unmittelbar nördlich des Donets scheiterten russische Teilstreitkräfte. Der heide seit der Bahn Lemberg-Tarnopol unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern geführte Gegenangriff schreitet erfolglos vorwärts. Österreichisch-ungarische Regimenter nahmen nordöstlich von Brzezany die Ansang Juli verloren gegangene erste Linie zurück.

Die bei Augustowko, Zejerna, Nebenomec vorgehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte haben diese Orte überschritten. Die Russen setzten dem Vordringen der Verbündeten Stellen nach heftigen Widerstand entgegen, der durch schweres Zugehen gebrochen werden mußte.

Gegenseitig Italien und in Albanien keine besonderen Ereignisse.

*

Wien, 22. Juli. (Amtlich.)

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in Ostgalizien reisen zu einem gewaltigen Schlag gegen die russischen Armeen aus. Gestern nachmittag stießen unsere Verbündeten bis an den Sereth-Brüdenkopf von Tarnopol vor. In der Nacht wurde an mehreren Stellen die von Kożowa nach Tarnopol führende Bahn gewonnen. Auch die russischen Massen südlich von Brzezany lösen sich. Die Verfolgung auf Kożowa wurde aufgenommen. Die Stadt Tarnopol und zahlreiche Dörfer östlich des Sereth stehen in Flammen. In Zejerna wurde viel Kriegsgerät erbeutet. Die Zahl der Gefangenen konnte noch nicht schätzungsweise festgestellt werden. An der unteren Karpatowka hob sich gestern der Geschützkampf zu beträchtlicher Stärke. In den Karpathen kam es stellenweise zu Geplänkel.

Italienischer und südlicher Kriegsschauplatz.
Nichts von Belang zu melden.

Frankreich und Belgien.

Das Wiederanstreben Gaillans in der französischen Kammer wird von der Presse mit einigen Ausnahmen günstig aufgenommen. Einige Blätter meinen, daß Gaillan sich darauf vorbereite, wieder eine große politische Stellung einzunehmen.

Rußland.

Die Selbständigkeitserklärung Finnlands.

Die Petersburger Telegraphenagentur teilt mit: Eine Nachricht aus Helsingfors zu folge wird der finnische Senat wegen des Landtagsbeschlusses über die Autonomie Finnlands insgesamt einen Abschluß erreichen. Gleichzeitig wird der Senat der vorläufigen Regierung Mitteilung von diesem Schritte machen. Unabhängig der Unabhängigkeit wurde auf dem Senats- und dem Landtaggebäude und auf anderen öffentlichen Gebäuden von Helsingfors die finnische Nationalflagge gehisst.

In Helsingfors fand am 19. Juli, abends 7 Uhr, die erste Sitzung des Landtags des autonomen Finnlands statt. Vizepräsident Senator Tokon erklärte in seinem und seiner Kollegen Namen im Landtag, daß die

Stockholm.

Die finnischen Sozialisten münzen nach einer neueren Relsung eine weitere Hinwendung der Stockholm-Konferenz, da man in Paris und London über die Ziele dieser Konferenz noch im unklaren sei. Leicht diese Relsung zu, denn muß man sich allerdings über diese unklaren Ziele wundern. Sie wissen nicht, welche Ziele die internationale Konferenz hat!

Mit Recht führt diesen nicht-einfachen Sozialisten der russische Genosse Romanoff im Sonderbulletin mit der lebendigen Freude in die Parade, wie lange die Finnen gegen verschleiern wollen, und ferner mit dem Hinweis, daß er zwar die Regierung der Regierung Frankreichs und Englands begreift, aber nicht die Selbständigkeit der Sozialisten dieser Länder.

Mitglieder der Regierung angesichts der neuen politischen Lage von ihren Amtern zurücktreten und die Posten dem Landtag zur Verfügung stellen. Dieser hat die Mitglieder der Regierung auf den Vorschlag des Führers der sozialistisch-demokratischen Partei, Ayrel, solange im Amt zu bleiben, bis die neue Verwaltung des Landes vom Landtag ausgebaut sei.

England.

Englische Verbülfte.

Am 13. Juli stellte der linksliberale Abgeordnete Duthwaite (Vertreter des Arbeiterwahlkreises London) eine Anfrage an die Regierung über die Größe der englischen Verbülfte. Seine Anfrage rief stürmische Unterbrechungen hervor. Er erklärte: "Nach meinen Informationen sind die englischen Verbülfte in den letzten Offensivhandlungen noch größer gewesen als die französischen. (Unruhe). Die Regierung verlangt von unseren Brüdern und Söhnen, daß sie Selbstmord begehen. (Lärm, Zurufe, Gelächter auf einigen Bänken) Natürlich, manche Herren unter uns finden es spaßhaft, wenn man wissen will, wieviel unserer Mitbürger getötet worden sind."

Der Speaker (Präsident) unterbrach den Redner, gegen den sich auch viele Abgeordnete wandten und durch Lärmstörungen seine Stimme übertönten und ihn an der Fortsetzung seiner Anfrage verhinderten.

Cecil und Lloyd George

hatten sich zu der Rede des neuen deutschen Reichskanzlers geäußert. Ersterer sagte in einer Rede in Belfast: "Ich habe gerade die Rede des neuen deutschen Reichskanzlers im Reichstag gelesen. Sie unterscheidet sich nicht sehr von vielem, was ich vorher gelesen habe. Sie klingt höflich. Wenn die Deutschen Frieden brauchen, so werden wir morgen nicht mit dem Preußentum, sondern mit den Beeten des deutschen Volkes zu verhandeln haben. Als Vorbedingung für solche Verhandlungen sagen wir den Deutschen, daß sie hervortreten als Zeichen ihrer Aufrichtigkeit und als Beweis dafür, daß sie keine Gebietsverwerbung und keine Gewalt gegen andere beabsichtigen, anbieten, in Unterhandlungen einzutreten, unter der Bedingung, daß sie zuerst ihre Truppen hinter den Rhein zurückziehen. Wenn die Deutschen große Unschuld über das Unrecht und für ihre Verbrechen gegenüber der Menschheit zeigen, die sie in Belgien, Nordfrankreich, Serbien und in anderen Ländern begangen haben, die ohne Rat mit Blut getränkt sind, dann wird unser friedliebendes Volk in Verhandlungen eintreten, um die Welt von den Schrecken des Krieges zu befreien. Wir sehnen uns nach dem Frieden, um unsere Männer zurückzubringen. Aber die, die wir nicht zurückbringen können, verlangen von uns, daß der Friede ein dauernder Friede sein muß und daß ihr Opfer nicht vergeblich gewesen ist."

Zur Feier des belgischen Unabhängigkeitstages in London hat Lloyd George in der Queen's Hall eine große Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Belgien habe sich unermehliche Verdienste um die Unabhängigkeit ganz Europas erworben, und die ganze Welt werde diesen Dienst nie vergessen. Eine große deutsche Zeitung hätte unlängst geschrieben, Deutschland kämpfe für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes. Das sei nicht wahr. „Die Feinde der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit sind die eigenen Regierungsmänner und nicht die Alliierten. Wir würden mit einem freien Deutschland Frieden schließen können, aber nicht mit einer autokratischen Regierung Deutschlands. Ich habe Michaelis' Rede gelesen, weil es meine Pflicht war; ich habe sie zwei und dreimal gelesen, weil ich nach etwas lugte, was uns Gelegenheit geben könnte, diesem blutigen Kriege ein Ende zu machen. Über mich finde nur eine Scheinunabhängigkeit für Belgien, eine Scheindemokratie für Deutschland und einen Scheinkrieg für Europa.“ Zum Schluß wies Lloyd George darauf hin, daß der Kampf jetzt zwischen zwei schwer umgrenzten Gruppen gehe; und zwar der demokratischen Gruppe freier Menschen und einer Gruppe von Nationen, die von der militärischen Autokratie regiert werden. Diese Überzeugung gebe den Soldaten der Allierten den Mut, um den Kampf bis zum Ende fortzuführen.

Ein näheres Eingehen auf diese Reden verlohnt sich nicht.

Der Seekrieg.

Juni-Ergebnis des U-Boot-Krieges.

WTB. Berlin, 21. Juli (Amtlich.)

1. Nach endgültiger Feststellung sind im Juni an Handelsräumen insgesamt 1 016 000 Tonnen durch Kriegshandlungen der Mittelmächte vernichtet worden. An diesen Erfolgen waren in hervorragender Weise beteiligt die U-Boots-Kommandanten: Kapitänleutnant Wüncke, Wilhelm, Adam, v. Bothmer, Forstmann, Wagner, Vieberg, Luk, Linienschiffskontrolleur Idenko Hudeck, Oberleutnant Fürbringer, Voigt (Enst) und Homaldt. Guten Anteil daran haben auch die Kommandanten unserer Minen-U-Boote, die unter besonders schwierigen Verhältnissen bei stärkster feindlicher Gegenwirkung zu arbeiten hatten, und deren Tapferkeit daher besonders hervorgehoben zu werden verdient. Seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind mit den Juni-Erfolgen insgesamt 4 671 000 Tonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelsraumes versenkt worden.

Englisches Uboot versenkt.

2. Das englische Unterseeboot „C 34“ wurde in der Nordsee von einem unserer Uboote, Kommandant: Kapitänleutnant Walther, versenkt. Der einzige überlebende Hinter wurde als Gefangener eingefangen.

Neue U-Bootsfälle in der Biscaya.

3) Durch eines unserer U-Boote wurden in der Biscaya wieder 5 Dampfer und 3 Segler mit 22 500 Tonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Anglo Patagonian“ mit 7000 Tonnen Stückgut, darunter Flugzeuge, Stahl und Güter von Amerika nach Frankreich, „Treslifk“, mit 3000 Tonnen Eisen und 1500 Tonnen Stahl von Boston nach Bordeaux. Die französischen Segler „Bambronne“, 1863 Tonnen, mit Salpeter nach Nantes, „Ceres“, 296 Tonnen, mit Wein und Olivenölen von Lissabon nach Brest. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden aus 5300 Tonnen Weizen und 500 Tonnen Mehl von New York nach Nantes, 2000 Tonnen Maschinenöl von New York nach Le Havre und 2000 Tonnen Erdöl aus Rotterdam und Wachs nach Liverpool und etwa 5200 Tonnen Kohle aus Glasgow nach Madeira.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Juli. (Amtlich.)

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern ist die Artillerieeschlacht wieder zu voller Kraft entbrannt. Sie dauerte die Nacht hindurch an.

Unsere, für die Führung des Feuerkampes unentbehrlichen Fesselbalons waren längs der ganzen Front das Ziel erfolglosen feindlichen Feuerwehrs. Heute vor Ypern wurden sie einheitlich auch von zahlreichen Flugzeugen geschmiedet angegriffen. Unsere Kampflieger und Abwehrgejagde brachten diese Luftangriffe zum Schrecken. Die Fesselbalons blieben unversehrt.

Nicht feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen.

Erlundungsvorläufe englischer Bataillone scheiterten. Heftige nächtliche Angriffe erfolgten zwischen Dion und Mericourt. Unangemessene Folge des Gegners wurde ausgeglichen.

Front Deutscher Kronprinz

Bei guter Sicht lebte durchweg die Feuerfähigkeit auf. Am Nachgang des Winterberges bei Craonne gelang es dem kroaten, durch Feuer gut vorbereitetem Angriff, die eigene Stellung in ein Kilometer Breite vorzulegen.

Brandenburgische und Gardebrigaden waren die Franzosen aus mehreren Grabenlinien zurück und brachten über 250 Gefangene ein.

Am Cornilletberg, südlich von Neuron, war ein Unternehmen hessisch-nassauischer Sturmtrupps erfolgreich.

Eines unserer Fliegergeschwader war gestern vormitag mit beschworener großer Wirkung Bomben auf Saarwiche an der englischen Ostküste. Die Flugzeuge scherten vollzählig zurück.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Längs der Düna, insbesondere bei Dünaburg und bei derseits des Narzec-See nahm die Artilleriefähigkeit erheblich zu. Südwestlich von Dünaburg ist ein russischer Vorstoß gescheitert.

Südlich von Smorgon bis einschließlich Kremon griffen nach den verlustreichen gejagten Angriffen des Vorabends die Russen am Morgen erneut an.

Krommelser ging dem Sturm voran, der zu wechselseitigen Kämpfen in unserer vorderen Stellung führte, in die an einzelnen Stellen die Russen eingedrungen waren. Um Krommel war die Stellung durch frisch vorgerückte Sogenannte bis auf zwei Einbrüche wieder in unserer Hand.

Heute früh blieben neue breite Angriffe der Russen südlich von Smorgon in unserem Spezialsicher liegen.

Heeresgruppe des Generalobersten Boehm-Ermolli.

Unser Gegenangriff südlich des Sereb ist eine Operation geworden!

Der Russ weicht hier in die Karpaten hinein. Herrschaftliche Führung und ungestümter Drang der Truppen nach vorwärts, haben das erhoffte Ergebnis vermischt. Wir stehen auf den Höhen, hier westlich von Tarnopol, haben die Bahn Rostow-Drohobisch in unserer alten Stellung überschritten und die Vorwärtsbewegung zu beiden Seiten des Donets begonnen. Der Feind leistete südlich der genannten Bahn starke Widerstand.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

Längs des Karpathenkammes bis zur Putna nahm die russische Geschäftsfähigkeit merklich, besonders im Südtal, zu. Mehrere Vorstöße des Feindes wurden abgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Am unteren Sereb deutet lebhaftes Feuer auf vorbereitende Kämpfe.

Rosenthalische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Endendorff.

Zusammenfassung und den Nachbargebieten.

Montag, 23. Juli.

Wir glauben — aber . . . Wir sind doch alle Heiden von Grund auf, übergläubisch, heilscheinig, vornehmlich; meistens gewohnheitsmäßig, ganz unkennst, oft aber mit sehr viel Glaubens-eifer, der tiefgründig scheint. Welch' Hotspotus wird noch getrieben in unserer aufgelösten Zeit, ohne daß wir uns dabei etwas denken; bestenfalls denkt man eben an Unmöglichkeiten, die immer möglich, ja wahrscheinlich sind, sowie die Auslegungen der Kartenschlager. Und nicht bloß alte Leute rufen dreimal „Unseren“ und klatschen unter die Tischplatte, wenn sie ihre gute Gesundheit hervorheben. Auch diejenigen, welche über derzeit Union lächeln hervorgehoben, nehmen doch auch bei schönem Wetter ihren Regenschirm mit, weil es denn angeblich nie regnet. Ob ich wirklich der Himmel nach einem und mehreren Parapluis rüttet, oder ob das auch nur Überlebende ist? Dann freilich ein verziehlicher.

Da hat man einmal eine besondere Arbeit vor sich, die durch das Ausplaudern leider mißlingen wird, man freut sich jedoch auf ein Vergnügen und muß es, o Qual, angestellt in der Brust verzögern, obwohl es sonnenklar ist, daß gerechte Freunde doppelte Freude bedürfen. Und einem Bühnenkünstler darf man alles Glück münchen zu seinem Auftritt, sondern Arm- und Beinbruch, wenn man seinen Glauben nicht erfüllt will.

So ähnlich übergläubisch behandeln wir jetzt unsere Friedenswünsche. Die wenigen Menschen wagen es, unbekürt auszu sprechen, der Friede ist nahe; und schon fallen ja und soviel abwehrend ein, aus Furcht, ihm zu vertreiben, wie man die Sache vertreibt. Lobend man mit dem Finger fest darauf deutet. Nur nicht das, was uns am Herzen liegt, beim Namen nennen, nur unterdrückt das Gegenteil behaupten von dem, was wir wirklich glauben möchten — das ist allgemein die Lösung. Ja freilich, wie sind zu oft enttäuscht worden; unsere Wünsche und Hoffnungen haben sich in ein Schneidersäuschen verkehrt können, sofern sind sie gemacht. Zumeistreden sie zwei Fußläufern aus, ob es nicht Zeit würde, lediglich sich herauszuwegen, oder gleich zuschließen sie sich wieder zusammen. Man führt nur Unheil mit Herausforderungen. Bescheidenlich schwärzen die Augen verdecken, die Nase außen und immer kein Jagen, wo ein Jagt tote — das ist der rechte Glaube, der Geist seien mächtig, der schließlich auch den Frieden zurückerobern. Es ist zwar ein Alter-Glaube, jedoch ein zeitgemäßer!

Höchstpreise für ausländische bereitete Fische (Fischkonserve).

Durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. September 1916 ist die Zentralisierung der bereiteten ausländischen Fische und Zubereitungen von Fischen angeordnet, deren Bereitstellung der Zentral-Großaufsichtsamt übertragen ist. Die Zentralisierung trat sofort in Kraft, jedoch wurde die Beihaltungsfreiheit Einführung derjenigen Waren bis zum Abschluß des 30. November 1916 zugestanden, die bis zum Abschluß des 7. Oktober 1916 geblieben waren. Es ist anzunehmen, daß im regelmäßigen Geschäftsbetrieb die seinerzeit vom Handel eingeschafften beschlagmässigen Waren bei der großen Nachfrage nach allen Lebensmitteln bis auf Ausnahmefälle verbraucht sind. Erstens werden

nicht immer ausländische Waren, insbesondere normannische Fisch konserve, in den Löben zu Preisen ergeben, die doppelt und dreifach so hoch sind, wie die von der Zentral-Großaufsichtsamt zur Bereitung gebrachten Fabrikate gleicher Art. Es liegt die Vermutung nahe, daß die sogenannten handelsfreien Waren entweder durch unerlaubten Seitenhandel oder durch unangemessenen Gewinn übermäßig verteuert sind. Derartige Fälle sind durch Untersuchungen des Kriegswirtschaftsministers wiederholt festgestellt. Es schwören daher Erwähnungen, schon in allerhöchster Zeit Höchstpreise für ausländische zubereitete Fische, insbesondere Hähnchen, festzusetzen. Der reale Handel wird durch eine derartige Einschneidende Maßnahme nicht wesentlich betroffen werden, weil von dieser Seite aus die preußischen Börsen bekannt sein dürften, nach denen es verboten ist, die zur Veräußerung erworbener Lebensmittel zurückzuhalten, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen.

Der Schlüssel der Kohlüberbringung — verteuertes Brot? Von den 80 Millionen Zentnern Kohlrüben, welche seinerzeit die Reichskartoffelfabrikate aufgekauft hat, ist ein nicht geringer Teil, um ihn vor völliger Verderben zu retten, zu einem meist arg mindestens Dörfernmeile verarbeitet worden. Sogar Rübeneinsatz, weil es ideal merkwürdig aussieht. Kohlrüben kosten 2,50 Mt. der Zentner, Kohlübermehl 110—130 Mt. Die Trocken werden also auf ihre Rechnung gekommen sein, nicht aber die Gemeinden, die jetzt mit ihren großen Rübenbeständen hausieren gehen und sich gegenseitig — eine selte Kriegsscheinung — die Preise herunterdrücken. Woran man ermessen kann, wie schlecht die Ware sein muß. Nur hat man sie „vergönnt“, nämlich mit Kartoffelmehl gemischt, und so soll sie schlüssigmäßig als Bratkartoffelmehl den Kommandoverbänden aufgeholt werden. In Bayern erfüllt man diese sogar für abnahmepflichtig! Aber die Gemeinden wissen, daß die Einwohnerchaft zur Abnahme dieses Geistes nicht gezwungen werden kann, und deshalb läßt es sich nicht gedrungen mit dem Gedanken, die Bäcker mit dem Rückenmehl zu beglücken und es den Verbrauchern so hinten herumzuführen. Die Sache hat da aber noch einen besonderen Haken, denn das bisherige Brotmehl kostet durchschnittlich 28 Mt. der Zentner, während das Rückenmehl 115 Mt. kosten soll. Eine Streitung mit Minderwertigem würde also zugleich eine erhebliche Versteuerung bewirken. Gegen solche Absichten müssen sich die Gemeindeverbände, Läden und Verbraucher mit allem Nachdruck wenden, damit das Rückenmehl dorthin kommt, wo es stets hingehört; in den Bäckertreff.

Neue Stempelmarken. Eine neue Art von Stempelmarken wird jetzt von der Reichsdruckerei hergestellt. Sie sind für die Entwicklung des Frachtempels bestimmt. Die Marken erhalten eine Länge von 38 und eine Breite von 20 Millimeter. Sämtliche Wertarten zeigen einen Merkton. Der Kopf steht in einem Kreise, der von einem Perlenrand umgeben ist. Bei den Markenwerten steht der Kopf nach links, bei den Pfennigwerten nach rechts. Die Marken erhalten die Aufschrift „Deutsches Reich“, „Frachtempel“, außerdem die Wertbezeichnung und den Bordruck „der“ für den Tag der Verwendung, der auf guillochiertem Grunde am unteren Rande steht. Die Marken werden ausgegeben zu 5, 10, 15, 20, 30, 40, 50, 70 Pfennig, 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6 und 10 Mark. Außerdem erhält man geprägte Bordrucke für gewöhnliche Eisenbahntreibbriefe und getempelte Bordrucke für Eisenbahnpaketbriefe zu 10 Pfennig. Die Marken zu 5 Pf. sind schwabladenbraun, die zu 10 Pf. rot, zu 15 Pf. blaugrau, zu 20 Pf. blau, 25 Pf. orange, 30 Pf. braun, 40 Pf. schwarzgrau, 50 Pf. violet, 75 Pf. grün, zu 1 Mt. grün und rot, zu 1 1/2 Mt. rotbraun und hellviolet, zu 2 blau und grau, 3 braungrün und hellgrün, 4 grau und braun, 5 rot und orange, 6 grün und violet, 10 Mt. violet und grau.

Nichtpreise für Tee-Ersatzmittel (deutscher Tee). Die Trockenheit, die in vielen Teilen des Deutschen Reiches im Frühjahr geheißen hat, sowie der außerordentliche Mangel an Arbeitskräften, ferner die Steigerung der Materialpreise zur Verpackung der Ware und die Versteuerung des Transportes erschwerten die Sammlung und Verarbeitung von deutschem Tee auf der Grundlage des Kriegsernährungsamtes hat daher nach Abschaffung von Sachverständigen, die folgenden neuen Nichtpreise für je 100 Gramm, bei denen für die Rohware zur Bereitung der Sammlungsfähigkeit über die die Vorschläge der Interessen hinausgegangen worden ist, aufgeteilt und den Landes-, Provinzial- und Bezirks-Preisprüfungsstellen sowie den Kriegswirtschaftsräten bekanntgegeben: Für den Verkauf ab Lager der Belegschaften (Kräuter-) Handlungen oder der Schniedeansäulen; für getrocknete und gezeigte, gebrauchsfähige, aber ungekochte Kräuter für 100 Gramm 180—270 Mt.; 2. als Zuschlag für das Schneiden der Kräuter 30 Mt.; 3. als Zuschlag für die Mischung der Kräuter nicht Vertrieb im Großhandel frei Laden oder Lager des Kleinhändlers einschließlich Verarbeitung; bei loser Ware 20 Mt., bei Packungen (Kartons, Blech- oder Papierhülsen usw.) 140 Mt., in Packungen zu 50 Gramm oder weniger 180 Mt., 4. als Zuschlag beim Verkauf an den Verbraucher im Kleinhandel sowohl bei loser Ware wie bei Waren in Packungen 120 Mt. Beträgen unter 5 Pf. dürfen beim Verkauf im Kleinhandel auf volle 5 Pf. nach oben abgerundet werden. Die Preise gelten allgemein für Tees aus den üblichen Blättern wie Brombeerblättern, Himbeerblättern, Erdbeerblättern, Johannisbeerblättern, Waldmeister usw., die oberen Grenzen auch für Beimengung wertvoller Kräuter und Blüten (z. B. Silberlindensilber), ferner auch Erbsilber, die aus Objekten a. s. aus Tepel- und Birnenhülsen hergestellt sind, die unteren Grenzen für Mischungen aus besonders billigen Kräutern. Aus obigen ergibt sich für diese Ware ein höherer Kleinhandselpreis von 0,55 Mt. für 100 Gramm und von 0,50 Mt. für 50 Gramm.

Bewertung der Absätze in den Haushaltungen. Im Interesse der Absatzförderung gelangt ein Auktus zur Veröffentlichung, in welchem auf die dringende Notwendigkeit, in heutiger Zeit alle in den Haushaltungen vorhandenen Obstsorten und Altmaterialeiner einer geeigneten Bewertung zuzuführen, hingewiesen wird. Aus dieser Veranlassung seien die in der Haupthalle in Betracht kommenden Gegenstände aufgelistet: Hauptholziges Material aller Art (alte Tafelholzer), alte Konservehosen, Käfer, Messing, Eisenware, Zink, Weißmetall, Stahl, Stahlspangen, Blei, alte Blechdosen, sowie durch erfolgte Beichlagnahme nicht bereits zur Ablieferung gelangt sind. Albgummi (alte Bäder- und Geschäftshüle, alte Gummitüche, alte Spielsäße), Karton, Altpapier, Bücher, Zeitungen, Packpapier, Frauenhaar, Puder (alte lederne Riemchen), alte Säumlinge, alte Schuhe, Wolle, Säfte, 1/2 Liter hellgrüne dänische Milchkrüppchen, alte Tropische, alte lederne Handtücher, alte Leinenbücher. Im beigedruckten wird auch noch auf die Wichtigkeit der restlichen Sammlung aller in den Haushaltungen abfallenden Obstsorten hingewiesen. Angehörs der Dringlichkeit, mit der von dem Kriegsw

Bürgerliche Preßstimmen zur Kanzlerrede und zur Friedensresolution.

Die bürgerlichen Blätter nehmen zur Kanzlerrede und zur Friedensresolution sehr ausführlich Stellung. Von der Kanzlerrede werden alle Blätter durchweg unbeschiedigt gelassen und sie legen sie „in ihrem Sinne“ aus. Während die rechtsstehenden Blätter die Friedensresolution verurteilen, unterstreichen die Blätter der Linken die Friedensoption des Reichstages stark. Wir geben nachstehende Preßstimmen wieder:

Berliner Tageblatt: Darf man nach der Annahme der Friedensresolution und nach der Rede des Reichskanzlers nun erwarten, von allen Seiten die Friedenstauben nun herbeiflattern zu sehen? Das zu hoffen und zu glauben wäre sicher verfehlt. Nur das kann man hoffen, und nur das ist wahrscheinlich, daß der geistige Vorgang, so eifrig die Ententeregierungen und die nationalistische Presse ihm jede Bedeutung abstreiten mögen, allmählich, ganz allmählich, eine Wirkung auf die Völker Frankreichs, Russlands, Italiens und Englands ausüben wird. . . . Auf schnelle Resultate soll man nicht rechnen, und wir hier haben seit Beginn der Reichstagssession, und schon lange vorher mehr Bedeutung als dieser Friedenskundgebung immer der Neugestaltung des Reiches, der Neueinteilung von Macht und Verantwortung, der Einführung des „parlamentarischen Systems“ — oder wie man es nennen mag — beigelegt. Wir haben die Meinung vertreten, und wir bleiben dabei, daß vor allem jenes System unkontrollierbaren Schicksalswaltens fallen muß, das nicht mehr in diese Zeit, nicht für ein großes Volk paßt und in allen anderen, sich selbst verwaltenden Völkern Misstrauen und Abneigung gegen Deutschland aufrecht erhält. Von dieser inneren Erneuerung hat Herr Michaelis gestern auch einiges gesagt, aber nur eine sehr anpruchlos Seese kann davon befriedigt sein. . . . Der neue Reichskanzler hat auch gesagt, daß er sich „die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen“ wolle, und daß „das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung in der Politik nicht geschmälerd werden darf. „Selbst in den streng parlamentarischen Staaten verlangt man von der Regierung, daß sie die Führung behalte, aber sie muß scheiden, wenn die Mehrheit der Volksvertretung das Vertrauen zu dieser Führung verloren hat. Und „Führung“ ist ein ungemein vielseitiger Begriff. Ist ein Reichskanzler, der doch — wie Herr Michaelis schon weiß — auch bei uns mit den Mehrheitswünschen zu rechnen hat, nur führend oder nicht auch geführt?

In der Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ sagt der Fortschritts-Ludwig Hass - Karlsruhe zur Friedensresolution: Heißt es zunächst, man dürfe unsere Unterhändler nicht mit gebundenen Händen in die Verhandlungen eintreten lassen; der gute Anwalt rede bei Vergleichsverhandlungen sofort seine Karten auf. Zweiter ist falsch an dieser volkstümlichen und doch so irriegen Behauptung. Vor uns hat die russische Demokratie, der dafür ein westgeschichtliches Verdienst bleibt, ihre Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen erklärt. Augsburg geht, wie wir, mit gebundenen Händen auf die Friedenskonferenz. Wenn man das Bekenntnis zur großen Grundlage der Verständigung, das trotzdem Verhandlungen

über Fragen von allergrößter Bedeutung unerlässlich macht, eine Bindung nennen will. Aber auch Frankreich, England und alle anderen, die gegen uns stehen, werden mit derselben Bindung belastet, in die Verhandlungen eintreten. Bevor die „russisch-deutsche“ Formel von unseren Feinden abgesetzt ist, beginnen die Verhandlungen nicht; wollen sie aber in voller Freiheit verhandeln, ohne eine Erklärung über die von Russland vorgeschlagene Grundlage, dann haben wir dieselbe Freiheit. Vor allem aber nützt der Menschheit in diesem Kriege die Schauheit der guten Anwälte keinen Pfifferling. Die Situation der Welt ist durch die Schauheit ihrer Anwälte, der Regierungen, Minister und Staatssekretäre so heillos verfahren, daß die Parteien gut daran tun, einmal einige Zeit ohne Anwälte persönlich miteinander zu sprechen. Vielleicht kommt mehr dabei heraus, als wenn sich die Menschheit nach ein, zwei oder drei Jahren auf die Weisheit ihrer Anwälte verläßt.

Das ist vielleicht der tiefste Sinn der Friedensresolution. Das deutsche Volk erklärt, wie vor ihm das russische, daß es zu einem Frieden, der keinerlei imperialistische Zwecke verfolge, bereit ist.

Vossische Zeitung: Für den, der ein Ohr für die Offenbarungen des Menschenlebens im Menschenwort hat, ergab sich aus den Ausführungen des Kanzlers klar, daß er sicher nicht die Gabe besitzt, diplomatische Fäden mit weicher Hand zu verknüpfen und zu entwirren. Ungewiß bleibt noch, ob er die großen Richtlinien für eine Politik zu stecken vermögt, die durch die Abmachungen beim Friedenschluß zugleich die zukünftige westpolitische Stellung Deutschlands in eine Richtung drängt, die ihm die nötige Handelsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit läßt. Aus dem, was er über Außenpolitik äußerte, war das nicht erkennbar. Seine Worte enthielten keinerlei Bekenntnis und ließen die außenpolitischen Probleme der Gegenwart und der Zukunft völlig bestehen. . . . Für die innere Politik meinte der Kanzler, noch kein endgültiges Programm festlegen zu können. Über das, was er in wenigen Worten über seine Absichten sagte, bedeutete die grundsätzliche Zustimmung zu den Forderungen, die hier während der letzten Wochen erhoben waren. . . .

Von Unentschlossenheit wird bei dem neuen Kanzler die Rede nicht sein. Er ist durchaus der Mann, mit dem die Mehrheitsparteien des Reichstages die Parlamentarisierung durchsehen können, wenn — sie es wollen. Wir hoffen auf den Reichstag, obwohl wir ehrlich zugeben wollen, daß der gestrige Tag wenig Begründung für dieses Hoffen bot.

Der Lokal-Anzeiger, der im alldutschen Fahrtwasser segelt, bedauert noch immer, daß der neue Reichskanzler die Friedenskundgebung überhaupt nicht verhindern konnte. Doch für den Lokal-Anzeiger genügt es, daß der Kanzler den Satz in den Mittelpunkt seiner Rede stellte, „daß ein Friede, der die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sicher stellt, der die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches im Wege der Verständigung und des Ausgleichs verbürgt, und verhindert, daß der Waffenbund unserer Gegner sich zu einem wirtschaftlichen Trubel gegen uns auswächst, im Rahmen der Entschließung, wie er sie auf sich, sich erreichen läßt“. Auch bestreitet es den Lokal-Anzeiger, daß der Kanzler sich nicht mit gebundenen Händen nach der Friedenskonferenz kämpfen lassen will. Zur inneren Politik sagt das Blatt: Herr Dr. Michaelis habe sich selbstverständlich zu den Verheißungen des Erlasses vom 11. Juli und vorsichtig zu den Wünschen, die im Ausdruck eine Mehr-

heit gefunden haben, bekannt. Die Einführung des parlamentarischen Systems habe er aber abgelehnt. Schließlich sagt das Blatt noch: Was die Gefühlspolitiker der Linken von der Friedenskundgebung erwarten, wird schon deshalb nicht erfüllt, weil unsere Feinde nur einen Frieden wollen, der auf der vollständigen Niederwerfung Deutschlands beruht. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um mit Sicherheit voraussagen zu können, daß der geistige Beschuß das Urteil des Auslandes über uns nicht ändern wird.

Die Germania: Ein Band ist zwischen der Reichstagsmehrheit und der Regierung nunmehr gefunden worden. Uebet die innere politische Frage hat sich der neue Kanzler zwar Zurückhaltung ausgerichtet, doch Herr Dr. Michaelis verschwieg nicht, was er unter einem ehrenvollen Frieden verstanden wissen will. Das war die Klärung der Lage, die man heute mit Zug und Recht erwarten konnte, und die Reichstagsmehrheit hat sich davon auch befriedigt gezeigt. Soweit die Stellung des neuen Kanzlers heute in großen Umrissen klar zu werden vermochte, liegt sein Grund vor, ihm gegenüber die objektive Unterstützung fehlen zu lassen, um die er einleitend den Reichstag bat.

Die Kreuzzeitung, die Deutsche Tageszeitung, die Post und andere konservative Organe sind der Ansicht, daß eine Klärung der ernsten inneren und äußereren politischen Lage und eine Lösung der schon viel zu lange währenden Krise nicht erfolgt ist.

Von der Monarchie.

Hohenzollernsche Auffassungen.

Vor früherer Jugend auf wird der Prinz, und vor allem der als künftiger König in Aussicht genommene Prinz anders erogen als der sonstige Mensch. Der Prinz und der spätere König kann deshalb oft nur schwer in das Verständnis des Volkes eindringen, und das Volk steht auch oft seiner Aufführung verständnislos gegenüber. Offene und geheime Konflikte sind deshalb nicht selten. In unserer unglaublichen Zeit erkennet die Ableitung der königlichen Macht vom göttlichen Willen das Verständnis der Monarchie leicht. Für das Verhältnis des Volkes zur Monarchie ist die eigenartige Auffassung der Monarchen von Beruf und Aufgabe königlicher Gewalt, von ihrer Herkunft wie von ihrer Verantwortlichkeit, wichtig.

Das preußische Königium hat seine ganz besonderen Eigenarten, es ist verschieden von dem in der Geschichte verstandenen Königium der französischen Bourbons wie von dem durch das mächtige englische Parlament geformten Königium von Großbritannien und Irland. Von Friedrich, dem ersten Könige von Preußen, bis zu Wilhelm II., trotz aller Verschiedenheiten des ersten Königs von seinem Sohne und Enkel, von Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., trotz aller Unähnlichkeit des ersten Deutschen Kaisers von seinen Vorgängern auf dem preußischen Thron wie von seinen Nachfolgern als Träger der deutschen Kaiserkrone herab die Überzeugung, daß der monarchische Staat vor allem auf dem Gedanken beruht, daß der bewußte Wille der Könige die Geschichte magt. Dies preußische Königium war bis zum Jahre 1848 ein absolutes. Möglicherweise von dem Absolutismus abweichen, bestimmte das Streben der Monarchen aus dem Hause Hohenzollern auch nach dem Jahre 1848.

Als das Haus Hohenzollern die Königswürde angenommen hatte, war heidend der Kampf gegen die Stände, gegen die Ligen, gegen Ritter, wie gegen die Städte, die aus ihren alten Freiheiten nicht lange poden durften. In der Mark Brandenburg spielte sich der Kampf ab, der zur Erhöhung der königlichen Macht führte und der die Traditionen des Hohenzollernhauses schuf, aus der die Überzeugung von der göttlichen Bestimmung des Hauses Hohenzollern erwuchs. Der Begriff des Gottsgnadentums kam am frühesten zum Ausdruck in Friedrich Wilhelm IV. und in Wilhelm I. Mancherlei romantische Anschauung spielt da mit herein. Die Berufung auf Gott erjährt besonders wichtig, um die Unvergleichlichkeit und die Unberührbarkeit der Monarchie zum Ausdruck zu bringen. So sagte ja

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

6. Fortsetzung.

Wird das allein durch die Fremden verhindern? fragte Lydia. Es ist so, fuhr er fort. Das arme Volk wird zum Rückgang gebracht, hilft den Feindmännern, so viel's immer kann, bei der Plünderung, aber es gibt leider gar zu viele, die sich Besseres denken und arbeiten auch nicht, wenn sie nicht müssen. Lassen Sieher mit Stütz und Angestütz umher, ziehen auf die Kantonschulen und Vereinschulen, wo die Lehrscheiben sich drehen und Wetten gemacht werden. Es söhnt ihnen wohl gar der romantische Schwindel in die Köpfe, und gehen hinaus auf Tödi und Exerziertag und wochenlang, um ein mageres Gemälde zu erwischen oder ein paar Geierfedern aus Hüttli zu puzzen.

Lydia lachte fröhlich auf, denn wie der Major dabei ihrn Bettler ansch, tomte sie nicht zweifeln, daß diesem die Strafrechte galt. Murhard aber wandte sich gegen den alten Herrn, dem er keine breite Hand reichte und dabei fortfuhr: Das sag Gott er karne, das sind unsere Helden, halten sich einen Bernhardshund, so groß wie ein Kalb und ziehen mit solchem Best durch Küst und Felsgebörn. Statt bedrangten Leuten in ihrer Not beizuhelfen, flüchten sie selbst ungefährter Weise wohl in einen Eisenbahn, kommen sie aber endlich nach Haus mit zerquetschten Rippen, glauben sie große Taten verrichtet zu haben.

Alles dürfen Sie dem Major nicht glauben, sagte Rudolf, indem er seiner Cousine lachen half. Er mocht meine Sünden mit zur Schamz farben.

Sie will alles glauben, sagte sie, und möchte noch mehr glauben, denn Ihre Sünden gefallen mir sehr gut, Cousin Rudolf. Ich möchte jetzt, daß Herr Murhard Sie mit Zugenreden überhäuft.

„Sie ist der Major, das kann nicht anders sein. Es liegt im Blut, wie es genannt wird, und wie es geschrieben steht. Ich lasst nicht von Art! — Ich denke aber, wir hören auf damit, wir uns an den Tisch und unterschreiben den Frieden.“

Der alte Herr nahm dreien Vorschlag bereitwillig an, und der Major beschäm' sich wie ein Hausthier, der seine Umarmen zu drücken droht. Er legte sich neben Babette nieder und singt so leise an mit dieser in ungewöhnlichster Weise zu sprechen. Brod zu kauen und zu ergaschen, ohne Rücksicht auf die Unwesenheit der Freuden zu rücksichtigen.

Dem Legationsrat war dies Bekenntniss fatal, er habsche sich Landwirt geworden.

Ja, wenn's keine Muße möchte, und die Schülzen sie und das Unberührbare in den Bergen nicht besser hüten, können's wohl so fein! anstreben der Major geruht und redend. Ich habe mein Glas auf und lach' meine Nachbarin leben. Das in die Ferde

einnimmt und irgendwie plump Bemerkung oder einen derben Ausfall gegen Rudolf oder gegen den alten Herrn, sogar wohl gegen dessen Gäste sich erlaubte.

Babette war die einzige, welche von ihm verschont blieb, und die er sogar mit Auszeichnung behandelte, indem er ihr in seiner Art Schmeidelerin lachte. Der Legationsrat ärgerte sich heimlich darüber, daß die Gräfin Wohlgefallen an solcher Grobheit fand, wenigstens sich daran belustigte und statt ihn in Ordnung zu bringen, ihn noch mehr dazu reizte.

Haben Sie niemals Lust gehabt, eine Reise nach Italien zu machen? fragte Rudolf.

Nein, erwiderte dieser. Ich habe auf meinen Wanderungen durch die Alpen mehr als einmal nach Italien hinabmarschiert, dann auf die Rustamianblätter und Seen, aber immer die Schnauft empfunden, umzukehren.

Wie der Peter, als er auf Reisen ging und an die See gekommen war, lachte der Major, indem er sein Glas austrank.

Sie sind gewiß dort gewesen, Herr Major? fragte die Gräfin.

Wehr als einmal, in Mailand und Turin.

Auch in Rom? saß der Legationsrat ein.

Ich hatte in Rom nichts zu suchen. Habe weder einen Kardinal zum Peter, noch gehöre ich zu den Bildernarren.

Was gehört Sie, bester Herr Murhard? fragte der Legationsrat, verbindlich lächelnd.

Wie ich denke, zu den vernünftigen Leuten, die sich jede Sache richtig annehmen, ohne vor jeder alten Tapete oder vor einem ausgedehnten halb vermoderten Stein die Augen zu verkleben und zu lächeln. Da haben wir ein neues Wunder, das müssen wir anbeten!

Nun, Herr Murhard, wie ich merke, werden Sie niemals eine Gemäldegalerie sammeln, sagte Lydia.

So lange ich mein Sittre habe, wird's schwerlich gehen, verließ der Major, und indem er seine Hand auf den Arm des jungen Grafen legte, fragte er hinzü: Der junge Herr hier würde auch nichts davon zuftunnen, wenn's nicht schon vorhanden wäre. Der alte Souvereign will freilich noch nicht aus ihm heraus, aber er ahmt doch seiner Mutter. Die war eine große Kennerin und Meisterin.

Wo ist das Instrument geblieben? fragte Lydia.

Im Edzinner darüber steht es noch, wo es gestanden, doch niemand röhrt es mehr an.

So lassen Sie uns gehen, Cousin, sagte Lydia, indem sie aufstand, und zusehen, ob wir den alten Geist aufweden können.

Sie gingen durch mehrere Zimmer bis zu dem letzten. Als es geöffnet wurde, stieg eine Staatswolke auf, vor welcher der Legationsrat zurückwich.

Wie ist ein solches Wunder möglich, lachte die Gräfin. Stand in dem Reiche, wo Fräulein Babette regiert?

Es ist das Zimmer meiner Mutter, sagte Rudolf. Sie wohnte hier und — ist hier auch gestorben; saßte er leise hinzü.

Aber es steht doch nicht darin? lachte der Legationsrat.

Wein Sie die Peitsche im Hause und in der Umgegend frögen, erwiderte der junge Graf, so würden Ihnen mehrere beteuern, daß dies ein sehr verlässlicher Zimmer sei.

Was geht es Ihnen hier für Schätzungen? fragte Lydia, neugierig den großen, kalten Raum musterte.

(Fortsetzung folgt)

auch Wilhelm II. in seiner viel gerühmten Thronrede vom 4. August 1914:

"Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbewegsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gesetzt hat für uns und alle kommenden Geschlechter."

Wilhelm II. betonte besonders stark die Auffassung, daß die preußische Geschichte ein Werk der preußischen Könige sei. Er hat das Wort geprägt vor dem Handlungen, unter denen er Bismarck und Moltke und alle die anderen historischen Gestalten aus der Regierungszeit Wilhelms I. meinte, die nach des Endes Meinung nichts anderes wären, als die Ausführer des Willens Wilhelms I. Ein tieferes Schwürn in der Geschichte führt zu andern Urteilen; aber selbst Bismarck hat diesen monarchischen Glauben gehabt. So, als er im Jahre 1882 Wilhelm I. ersäßen läßt:

"Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermeessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind von den Ministern des Königs zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschließung er hervorgehen und der seine Willensmeinung durch sie ausdrückt. Die Verfassung Preußens ist der Ausdruck der monarchischen Tradition des Landes, dessen Entwicklung auf seine lebendigen Beziehungen des Volkes zum König beruht. Es ist deshalb Mein jeder Wille, daß sowohl in Preußen wie in den gezeigten Körpers des Reiches über Stein und Meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik Meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widergesprochen werde, als ob Meiner Regierungsakten die Natur königlicher Entschließung genommen wäre."

Schon als preußischer König hat Wilhelm I. oft in gleicher Weise seinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht. Am 26. Mai beantwortete Wilhelm I. eine Adresse des Abgeordnetenhauses ohne Bezeichnung eines Ministers unter anderem folgendermaßen:

"Unter allen Umständen ist und bleibt es ausschließlich Mein durch Artikel 48 der Verfassungsurkunde verbrieftes königliches Recht, über Krieg und Frieden zu befinden. In dieser, wie in jeder anderen Beziehung ist es Meine Pflicht, den auf Gesetz und Verfassung beruhenden Umfang königlicher Gewalt ungestümert zu wahren, und das Land vor den Gefahren zu hüten, welche eine Verlegung des Schwerpunktes und des gesamten öffentlichen Rechtsbestandes in ihrem Gefolge haben würde. Mit allem Ernst muß Ich dem Betreiben des Hauses der Abgeordneten entgegentreten, sein verfassungsmäßiges Recht der Teilnahme an der Gesetzgebung als ein Mittel zur Einschränkung der verfassungsmäßigen Freiheit königlicher Entschließung zu benutzen. Ein solches Bestreben gibt sich darin fund, daß das Haus der Abgeordneten seine Zustimmung zu der gegenwärtigen Politik meiner Ratgeber ablehnt und einen Beschluß in der Form: Meiner Ratgeber und meines Regierungssystems verlangt. Dem Artikel 45 der Verfassungsurkunde entgegen, wonach der König die Minister ernannt und entläßt, will das Haus Mich nötigen, Rück mit Ministern zu umgehen, welche ihm genehm sind; es will dadurch eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses anbahnen. Dieses Verlangen weise ich zurück. Meine Minister denken Stein, Vertrauen, ihre amtlichen Verhandlungen sind mit Meiner Billigung gefehlt, und Ich weiß Ihnen Dank, daß Sie mich angeleitet haben, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Maßnahmerichtung entgegentreten. Auch Ich ziehe wie Meine Vorfahren den Glanz der Macht und die Sicherheit Meiner Regierung in dem gegenwärtigen Bande des Vertrags und der Treue zwischen Fürst und Volk. Mit des Allmächtigen Hilfe wird es mir gelingen, die sträflichen Versuche zu vereiteln, welche auf Löschung dieses Bandes gerichtet sind.

Am 3. Februar 1863 hatte König Wilhelm I. erklart:

"Es ist Meine landesherrliche Pflicht, die auf Mich verliehen verfassungsmäßigen Magnificenz der Krone ungehemmt zu bewahren, weil ich darin eine notwendige Bedingung für die Erhaltung des inneren Friedens für die Wohlfahrt des Landes und für das Ansehen Preußens in seiner europäischen Stellung ersehe."

Man weiß, von welcher Erfahrung der regierende Kaiser für keinen Großen erfüllt war, in dem er das Vorbild des Regenten sah. Seine Auffassungen vom Königamt sind durchaus ähnlich den oben angeführten, wie aus zahlreichen Ausführungen hervorgeht, so z. B. aus der Rede, die er am 15. März 1890 beim Festmahl des sächsischen Provinziallandtages hielt:

"Unter den Gedanken, die Mich umwirken, wenn Ich in der Stadt Königsberg bin, hat auch einer Raum, von dem Ich jetzt überzeugt bin, daß er jedem von Ihnen im Leben schon bekannt ist, und das ist der, daß Königsberg durch eine Tatsache für unser ganzes moderate Reiche einen bedeutenden Platz erhalten hat dadurch, daß Seine Majestät der dahingegangene Kaiser Wilhelm I. das Königamt der Gottesguden von neuem hier proklamiert und dort in der Schloßkirche der gesamten Welt gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, dieses Königamt von Gottesgründen, was ausdrückt, daß Wir Sachsen unseres Staates nur vom Himmel nehmen und die daraus entstehenden Pflichten dem Himmel gegenüber zu vertreten haben. Von dieser Auffassung bin auch Ich bestellt, und noch diesen Prinzipien Ich entschlossen, zu wachten und zu regieren."

Bei dem Appell der Reichsprovinz am 31. August 1897 hielt der jetzt regierende Kaiser in Erinnerung an seinen Großvater eine Rede, bei der die nachstehenden Ausführungen enthalten:

"Er trat aus Söhnen, wie er auf den Thron trug, hennor als ein ausgewähltes Rüttung des Herrn, als welches er sich bezeichnete. Uns allen, und vor allen Dingen uns jungen, hat er ein Kleindod wieder empfohlen und zu hellernen Strafen verhafsten, welches Wir hoch und heilig halten mögen: das ist das Königium von Gottes Gnade, das Königamt mit jenen schweren Pflichten, jenen menschlichen endenden, fests anbauernden Wöhren und Töchten; mit jenen herabdrückenden Verantwortung vor dem Scheiterstein, vor der See Meere, vor Minister, kein Abgeordnetenhaus, kein Volk des ganzen Landes kann.

Dieser Verantwortung bewegt und füllt als Rüttung des Herrn betrachtend, gut zu dieser Demat dieser großen Sohn seinen Weg gewandelt. Er hat aus die Einigkeit und das Deutsche Reich wiederhergestellt, und hier in dieser kleinen Provinz sind keine hohen Gedanken entstanden und gereift, in dieser Provinz hat kein Herz gehungen, diese Stadt hat er gleichzeitig sein geweiht und mit dieser Provinz hat er gefiebt und geführt.

Man sieht, daß alle Reichsstände, das Bismarck bis Bismarck Holzmen den Einheitsamt bezeichnet haben, dem Wilhelm I. und Wilhelm II. über die Monarchie bestimmt gewesen haben. Des zweitgrößten Abgeordnetenhauses und der Deutschen Reichstag haben wieder empfohlen die Erneuerung ihrer Praxis, insoweit der Aufstellung von den Rechten der Krone und insoweit der Monarchen Rechte der Bevölkerung der Provinzen. Und der Monarchen die Rechte am Monarchen und an der Monarchie bestimmt, daß das Parlament nicht etwa zu viel Rechte ausüben. Der zweitgrößte Bismarck hat, weil er einmal die Rechte der Krone nicht mit dem ihm gewünschten Einschneiden gewollt hatte. Als Gegner des Bismarcks, nicht als Monarch, die ihm Rechte tragen sollten, wenn ihre Monarchie nicht bestimmt werden, und nicht Monarchie bestimmt und bestimmt die Rechte der Krone. Und das ist weiterhin zu sagen, um den Monarchen zu bestimmen, der jetzt das zweite Bismarck hat.

Kartoffelbau von Landwirten gehalten. Zweiter Kartoffelbauer war der Domänenpächter Schmitz-Götz, ein großer Gemüsebauer, der von sich selbst rühmend hervorhebt, daß er es in 20 Jahren von 150 Morgen auf jetzt 6600 Morgen Landbesitz gebracht hat. Am Schluss seiner Ministranten, Exzellenzen und Großgrätern gehaltenen Rede heißt es in bezug auf die Festezung von Kartoffelhöchstädt:

"Warum so ängstlich in der Preisbemessung nach oben?" (Sehr richtig!) "Ich möchte Ihnen ein kurzes Beispiel anführen. Ich wohne eine knappe Fahrtstunde von Berlin. Zu mir kommen jetzt täglich 60, 70 Leute, teils Frauen mit abgehängten Gesichtern, teils Postboten, Bahnfahrrnern, kurz alles mögliche vom Berliner Straßenpflaster. Die Leute verfahren 2,20 bis 2,50 Pf. Fahrgeb., verfüren einen Tag Arbeit, das macht etwa 6 bis 7 Mark. Für diese 6 bis 7 Mark, die sie zunächst einmal in der Hoffnung, überhaupt Kartoffeln zu erreichen — vielfach werden sie Fehlreisen machen —, bekommen sie 25 Pfund Kartoffeln. Ich darf ja eigentlich nicht mehr Kartoffeln verkaufen, aber wer soll dem widerstehen, wenn diese Leute vor einem meinen, tun und betteln? Da mag ein Landrat kommen, wer will, es ist unmenschlich, diese Leute wegzuhschen. (Sehr richtig!) Diese Leute haben doch auch mit dem Pfennig zu rechnen, sie fragen nicht nach dem Preise, sie wollen nur Kartoffeln haben. Und so meine ich, müßte auch jetzt vorgegangen werden, nicht so ängstlich mit dem Preise. Wir wollen vor allem Kartoffeln erzielen. (Lebhafte Beifall.)"

"Sie weinen und betteln um Kartoffeln", — darum „nicht ängstlich mit den Preisen!“ Lebhafte Beifall! Kein Widerspruch!

hauptete, daß es sich um sehr kostbare Beispiele handele, überlassen werden. Ausführung über von offizieller Stelle ist in jedem Falle erforderlich.

Schafft Ordnung!

Die landwirtschaftliche Gemüseproduktion ist nicht vergeblich durch hohe Erzeugerpreise zu vermehrter Produktion getrieben worden. Rund doppelt so viel Gemüse wie im Vorjahr soll laut Mitteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst angebaut werden sein. Die Märkte waren fröhlich nie so leer wie jetzt, weil der ehrlieche Handel trotz guter Verdienstmöglichkeiten nicht im Hande ist, die Ware herbeizuführen. Dafür blüht offenbar draußen vor den Toren das heimliche Geschäft zwischen den Erzeugern und Verbrauchern. Trotz der ländlichen Verbote werden Kartoffeln unausgewaschen, denkbarweise gebuddelt und gehandelt. Gemüse und selbst unreifes Obst geben reichend ab, Höhlpresse, Ausfuhrverbote und Lieferungsverträge werden getreduziert und missachtet. Wenn das so weitergeht, ist zum Schreck der Banker vollkommen. Von einem Durchhalten kann dann aber keine Rede mehr sein. Machtvoller Eingreifen tut not, denn wir haben Lebensmittel genug. Dieses Eingreifen muß sich zeigen vor allem in einer sofortigen Beschlagnahme aller Bodenerzeugnisse, in ihrem zwangsweisen Aufkauf durch Beauftragte der Erzeugergemeinden, in einer Zwangsweiser Zuführung an die verantwortlichen Stellen der Bedarfsbezirke und in strengen, schnell ausgesprochenen Strafen für jede Zuwiderhandlung. Der General auf den Bahnhofstationen genügt nicht mehr. Er muß seine Tätigkeit in die ländlichen Ortschaften hineinverlegen, wo schon sein Erscheinen die Besucher verjagen und den Bauern wieder Respekt beibringen muß. Denn bisher waren sie ziemlich sicher, weil der erwachsene Hamster sich zwor die Ware abnehmen läßt, die Namen seiner Lieferanten aber nicht anzugeben pflegt, um sich die Bezugsquellen nicht zu verschütten.

Die Obst- und Gemüserente.

Was wird geschrieben:

"Die großen Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Frühhörnchen und Obst und die dabei auftreteenden Rücksände haben vielfach den dringenden Wunsch laut werden lassen, die Behörden möchten eine Beschlagnahme des Obstes und Gemüses aussprechen. Die Ursachen, welche die Rücksände bei der Obst- und Gemüseversorgung herausbrechen haben, sind in erster Linie die, daß die durch die Dürre stark verringerten Gemüse- und Obstmengen die durch die Kartoffelnot übermäßig gestiegene Nachfrage auch nicht annähernd befriedigen konnten. Ungefährlich hieße die Bevölkerung durch die Stör getrieben, sich alle Gemüses und Obstes, dessen sie irgendwie habhaft werden konnte, mit allen Mitteln und zu jedem Preise zu bemächtigen. Hätten die Behörden nun die Beschlagnahme des Früh-Gemüses und Obstes ausgesprochen, so hätten mit wohl dadurch keinen andern Erfolg gehabt, wie eine Wiederholung der Tragödie, wie wir sie in dem vergangenen Jahre bei der Apfel- und hauptsächlich Zwischen-Beschlagnahme erlebt haben. Nur das sie diesmal ungleich katastrophaler geworden wäre, denn die Haltbarkeit des Frühobstes und besonders des Frühgemüses ist bei weitem geringer als die der Apfel und Blumen. Aber selbst wenn die verantwortlichen Behörden töricht genug gewesen wären, dem Drängen nach Beschlagnahme nachzugeben, hätten sie die beabsichtigten Zweck wohl keineswegs erreicht. Wohl wären die geringen Mengen, welche jetzt wenigstens noch vorablich austauchen, auch noch verschwunden, aber es ist ausgeschlossen, daß durch die Beschlagnahme irgendwelche rechtenswerten Mengen in die öffentliche Hand gekommen wären, welche eine öffentliche Bevölkerung auch nur ermöglicht hätten. Denn der Schleich- und Schieberhandel hätte seine Wege nach wie vor gefunden und ein großer Teil der Erzeuger hätte, um den Unannehmlichkeiten der Beschlagnahme beim Erzeugung zu entgehen, seine Erzeugnisse durch vermehrten Verbrauch oder durch Konserverierung selbst verwertet. Eine Verminderung der Gemüsenot kann erst durch einen Abschluß der Nachfrage, durch entsprechendes Angebot, besonders auch von anderen Nahrungsmitteln wie Kartoffeln und des meist sättigenden Kartoffelns, eintreten."

Die Obst- und Gemüseversorgungsstelle verzögert von einer Jahreszeit zur anderen; inzwischen wird ja wohl der Krieg zu Ende gehen. Diese Reichsversorgungsstelle beweist damit andauernd, daß sie der schwierigen Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse nicht gewachsen ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Verhandlungen im Holzgewerbe. Am 20. und 21. Juli haben die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter des deutschen Holzgewerbes vor dem Kriegsamt erneute Verhandlungen wegen Lohn erhöhungen und Leistungszulagen für die Arbeiter geführt. Der Kreis der Teilnehmer auf Arbeitgeberseite war diesmal wesentlich weiter als bei früheren Verhandlungen gezogen, indem außer dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe auch alle übrigen Verbände und Spezialbranchen des Holzgewerbes eingeladen und erschienen waren. Am Schluss des zweiten Verhandlungstages war leider ein positives Resultat noch nicht erzielt und trotz aller Bemühungen des Vertreters des Kriegsamts um das Zustandekommen einer Verständigung mußte die Verhandlung ergebnislos abgebrochen und um eine Woche versetzt werden. Auf energisches Drängen der Arbeitervertreter haben jedoch die Arbeitgebervertreter zugestimmt, daß — soweit es in den letzten Wochen nicht schon geschehen ist — allen Arbeitern eine sofortige Lohn erhöhung von 10 Pf. und den Arbeitern eine solche von 6 Pf. für die Stunde als Abschlag auf die zu vereinbarende Leistungszulage gezahlt wird. Unter der Voraussetzung, daß die Arbeitgeber auf der ganzen Linie dieses Zugeständnisses anerkennen und damit zunächst allen Arbeitern und Arbeitern im Holzgewerbe diese vorläufige Lohnzulage gezahlt wird, haben die Arbeitervertreter eingewilligt, daß die Verhandlungen auf den 27. Juli versetzt werden. Offiziell wird alsdann eine endgültige und alle Zeile bestätigende Verständigung erzielt werden.

Ernährungsfrage.

Ueberhört!

Ein "höher Staatsbeamter" teilt der "Deutschen Tageszeitung" aus seinem viermonatigen Sommerurlaub in vorüberiger Regen in Mitteldeutschland folgende unglaublich klingenden Schiedsmaßnahmen mit, die der Aussicht dringend bedürfen:

"Im Dorf Q. geht zu bestellt von der Eierzentrale in Q. ein Waggons mit etwa tausend Eiern ein mit der Anweisung: auf jede Familie zwei Eier, Stück zu 50 Pfennig. Dabei ist in Q. kein Edeker, es sind englische Eier für die Eierzucht da, sie kosten 30 Pfennig. Rücksichtnahmen des Ortsrates: Wie brauchen keine Eier. Befehl von oben: Ihr habt die Eier zu nehmen, zum dem Versteilungsplatz bringen sie euch zu Rücksicht. Wir brauchen sie nicht und nehmen sie nicht. Gegebenenfalls: Ihr habt sie zu nehmen, wir lassen den Preis bis 31 Pfennig zum. Die Eier werden trotzdem nicht abgenommen, sie bleiben im Waggons und verfaulen. Und in Berlin hängen man."

Das Dorf Q. erhält Befehl, etwa 200 Pfund Butter nach dem drei Stunden entfernten Dorfe G. abzuliefern. Die Butter wird hingeholt. Das Dorf G. verweigert die Butter, weil kein Bedarf ist. Die Butter wird deshalb nach der eine Stunde weiter gelegenen Stadt Q. gefahren. Der Bürgermeister von Q. verzögert ebenfalls auf Annahme, weil kein Bedarf in Q. Schließlich bringen die Bäcker die Butter in das große Gefügegelager bei Q. Dorf haben sich an ihr die Bäcker, die Seegästegeger und die Hottentotten englischer Käse. Und in Berlin hängt man

Im Holzgewerbe hat unter generalstaatliches System die Karlsruhe initiiert. Weitere Arbeitshilfegesetze hatte die Stadt Q. zu erfordern. Einverlangt für Eltern 36 Stunden. Im Lichten Wacker geht Befehl an das Dorf Q. ein: Sofort 400 Bettler nach Q. verkehren. Der Oberbürgermeister verzögert sich, daß die Nutzung ohne weitere erlaubt werde. Dagegen erneuter Befehl, unverzüglich zu liefern. Die 400 Bettler werden verdeckt, kommt jedoch anschließend erneut in Q. an und melden aus dem Waggons zu mittelebar auf den Wällen.

So schreibt zuletzt in der "Deutschen Tageszeitung" vom 15. Juli ein hoher Staatsbeamter, nach der "Deutschen Tageszeitung" bringt, daß sie Gärten, die der Befehl entgegenstehen, aus dem entfernt habe. Den beiden Gärten aus

Entgleisung eines Straßenbahnwagens. Sonnabend mittag in Münzen an der Ecke der Bayer- und der Hermann-Lingstrasse ein Straßenbahnzug an der Weiche entgleist und mit seinem Triebwagen auf den Bürgersteig gefahren. 17 Personen sind verletzt. Die Rettungsgesellschaft leistete ihnen die erste Hilfe.

Zob in den Flammen. In Kolberg brach gestern morgen ein Feuer aus, dem die beiden Kinder eines im Felde liegenden Arbeiters zum Opfer fielen. Man konnte nicht in die verschlossene Wohnung eindringen, sodass das Feuer sich immer mehr ausbreite und man den Kindern keine Hilfe bringen konnte. Das eine der Kinder konnte nur als Leiche geborgen werden, das andere wurde überhaupt nicht gefunden.

Acht Mehlschieber in Dresden verhaftet. Aus Breslau wird gemeldet: Hier wurde eine ganze Gesellschaft von Lebensmittelhändlern verhaftet, sechs Breslauer und zwei Dresdener. Unter ihnen befinden sich Apotheker, Mühlensieger und Kaufleute. Sie haben allein 2000 Zentner Mehl aus Breslau fortgeschafft.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Beleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Reyer & Co. Sämtlich in Bildern.

Ende